

Antrag 258/I/2019**KDV Marzahn-Hellersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Einschränkung von Wahlumfragen**

1 Demoskopische Erhebungen der Umfrageinstitute sollen
2 zukünftig nur noch bis maximal 2 Monate vor dem Wahl-
3 termin erhoben und veröffentlicht werden. Dies soll so-
4 wohl für Kommunal-, Landes wie Bundeswahlen gelten.
5 Ausgenommen sind hiervon Volksentscheide.

6

7 Begründung

8 Ein Teil der Politikverdrossenheit begründet sich in dem
9 Umstand dass durch Wahlprognosen der Eindruck ent-
10 steht, diese müssten von den Wählenden nur noch nach-
11 vollzogen werden. Die wirkliche Wahl (und deren Ergeb-
12 nis) habe aber bereits mit den demoskopischen Erhebun-
13 gen stattgefunden. So gut und richtig diese Erhebungen
14 sind, um wissenschaftlich fundiert zu eruieren, wie weite
15 Teile der Bevölkerung mit einer Regierungs- oder Opposi-
16 tionspolitik von Parteien zufrieden oder unzufrieden sind,
17 so sehr schaden sie dem demokratischen Gefühl und vor
18 allem inhaltlichen Auseinandersetzungen im Wahlkampf.

19

20 Der Eindruck, die eigene Stimme habe keinen Wert und
21 es ändere sich ja doch nichts, werden durch vorwegge-
22 nommene "Wahlergebnisse" in Form von Umfragen ver-
23 stärkt. Potenzielle Wählerinnen und Wähler fühlen sich
24 auf Grund von Wahlprognosen zum Beispiel weniger mo-
25 tiviert, der Partei, die sie wählen würden, ihre Stimme
26 zu geben, wenn absehbar ist, dass diese keine Mehrheit
27 erhalten könne oder sicher an der 5 % Hürde scheitern
28 würde. Wenn wie bei dieser Bundestagswahl eine Par-
29 tei mit deutlichem Vorsprung in den Umfragen gehandelt
30 wird, wird diese kein Interesse daran haben, sich inhaltlich
31 zu stellen und wichtige Fragen des Landes zu diskutieren.

32

33 Ohne dieses Wissen können hingegen weder Parteien
34 noch Wähler/ innen "sicher" sein, wie die Wahlen ver-
35 mutlich ausgehen werden. Dies führt zu einer stärkeren
36 thematischen Auseinandersetzung im Wahlkampf und
37 den Medien (die einen Großteil der Berichterstattung bis-
38 lang auf Umfragen, Personalien und Koalitionsfragen re-
39 duzieren) und vermutlich ebenso zu einem stärkeren In-
40 teresse der Wählenden und einer unverfälschten Stimm-
41 abgabe. Wenn Umfragen Menschen in ihrem Stimmver-
42 halten beeinflussen, übernehmen sie eine andere Funk-
43 tion als ihnen zukommen sollte und müssen deshalb im
44 Vorfeld von Wahlen untersagt werden.

Empfehlung der Antragskommission**Ablehnung (Konsens)**